

Arbeitspapier

herausgegeben von der
Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Nr. 95
Jutta Graf

PolitikKompass

Schlechte Noten für die rot-grüne Bundesregierung

Sankt Augustin, Dezember 2002

Ansprechpartner: Dr. Stephan Eisel
Leiter der Hauptabteilung
„Innenpolitik und Soziale Marktwirtschaft“
Telefon: 0 22 41/246-630
E-Mail: stephan.eisel@kas.de

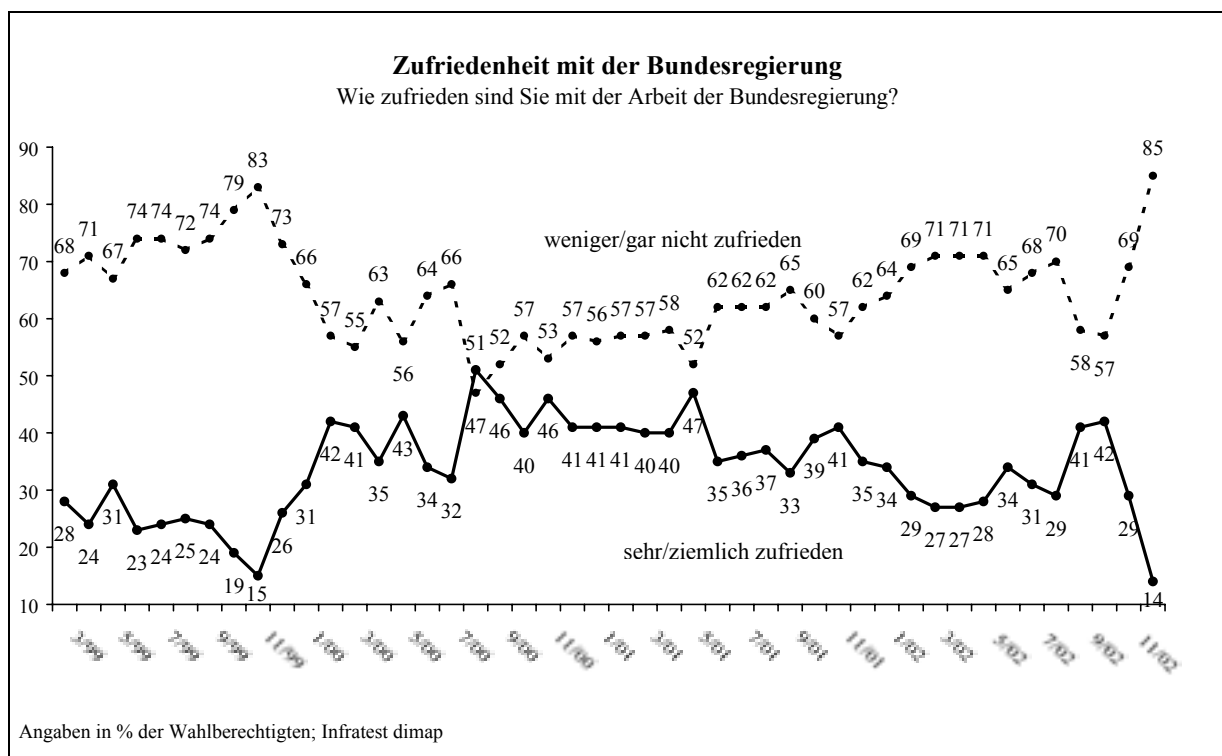
Jutta Graf
Team „Politische Kommunikation,
Parteien- und Meinungsforschung“
Telefon: 0 22 41/246-259
E-Mail: jutta.graf@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, Rathausallee 12, 53757 Sankt Augustin

Die politische Stimmung¹

Die Hoffnungen der Bundesbürger sind deutlich gedämpft. Zum Jahresende sehen nur noch 12 Prozent der Bundesbürger der Zukunft mit Zuversicht entgegen, 85 Prozent sind über die derzeitigen Verhältnisse in Deutschland beunruhigt. Das Ansehen der Bundesregierung befindet sich auf Talfahrt. Für ihre Leistungen erhalten Regierungschef und Regierung die schlechtesten Noten seit dem Regierungswechsel von 1998. Gegenwärtig erhält die Bundesregierung von den Bundesbürgern die schlechtesten Noten, die seit 1998 für die rot-grüne Koalition vergeben wurden. Auf der von +5 (sehr zufrieden) bis -5 (sehr unzufrieden) reichenden Skala erhält die Bundesregierung einen Wert von -1,6. Deutlich positiver fällt dagegen das Urteil über die CDU/CSU (-0,2) aus, die nicht nur deutlich positiver gesehen wird als die Regierung insgesamt, sondern auch als die SPD (-1,4) (Forschungsgruppe Wahlen, Dezember 2002).

Nach der neuesten Umfrage von Infratest dimap erhält die Bundesregierung nur noch von 14 Prozent der Bundesbürger eine positive Bewertung, 85 Prozent sind unzufrieden. Im Vergleich zum September ist damit der Anteil der Unzufriedenen um 28 Prozentpunkte angestiegen.



¹ Dieser Auswertung liegen folgende Umfragen zugrunde: Bundesverband deutscher Banken, Interesse 11/2002; Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer 11/2002 und 12/2002; Infratest dimap, Deutschland-TREND Oktober 2002, November 2002 und Dezember 2002; Institut für Demoskopie Allensbach, in: FAZ vom 15. November 2002; Stern 51/2002 (SPD stoppt Abwärtstrend – die wöchentliche Politumfrage von Stern und RTL, S. 23)

Dabei stehen auch die Anhänger der Regierungsparteien selbst der neuen Regierung zunehmend kritisch gegenüber. Sechs von zehn SPD-Anhängern (58 Prozent) und zwei Drittel der Grünen-Wähler beurteilen inzwischen die rot-grüne Bundesregierung negativ. Noch im November überwogen in beiden Anhängerschaften mit jeweils 62 Prozent die zustimmenden Äußerungen. Bei den Anhängern der Unionsparteien sind im Dezember, wie bereits auch schon im November, fast nur negative Beurteilungen zu verzeichnen.

Ursache für diese Entwicklung ist eine wachsende Unzufriedenheit mit den wirtschafts- und arbeitsmarktbezogenen Leistungen der Bundesregierung. Fast zwei Drittel der Deutschen (61 Prozent) beurteilen die Wirtschaftssituation als schlecht, nur noch 5 Prozent halten die derzeitige wirtschaftliche Situation für gut. Innerhalb eines Jahres haben sich damit die negativen Erwartungen verdoppelt. Fast zwei Drittel (61 Prozent) befürchten eine weitere wirtschaftliche Talfahrt in Deutschland. Auch in die Finanzpolitik des Bundesbundesabinetts haben die Deutschen nur geringes Vertrauen. Drei Viertel der Bundesbürger (77 Prozent) befürchten, dass die Finanzlücke 2003 sogar noch größer ausfallen wird, als von der Bundesregierung vorhergesagt. Infolgedessen ist das Vertrauen in die Lösungskompetenz der SPD deutlich gesunken. In einzelnen Politikfeldern bedeutet dies Verluste im zweistelligen Bereich. Umgekehrt hat die Union klar an Vertrauen hinzugewonnen. In der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Steuerpolitik wird die Union deutlich besser eingeschätzt als die Regierungspartei.

Wähleranteile der Parteien

Der massive Vertrauensverlust in die Regierung wird begleitet von einem Einbruch der SPD bei den Wähleranteilen. Von der Schwäche der SPD profitieren am stärksten die Unionsparteien. Wenn am nächsten Sonntag bereits wieder Wahlen wären, käme die SPD nach den neuesten Umfrageergebnissen von Infratest dimap nur noch auf 28 Prozent der Stimmen. Die Union läge mit 48 Prozent fast 10 Prozentpunkte über ihrem Wahlergebnis. Die Grünen erhielten 12 Prozent der Wählerstimmen und die Liberalen kämen dagegen nur noch auf 5 Prozent. Ein Ergebnis, das nicht zuletzt durch die umstrittene Flugblattaktion und der Weigerung Jürgen Möllemanns die Namen der Spender zu nennen, bestimmt wird. Sollte Jürgen Möllemann die Namen nicht nennen, so erwarten 60 Prozent der Bundesbürger seinen Ausschluss aus der Partei. Unter den Anhängern der FDP halten ein solches Vorgehen sogar 69 Prozent für geboten (Infratest dimap, November 2002). Das von den Liberalen angestrebte Ausschlussverfahren trifft damit auch auf breite Zustimmung in der Wählerklientel. Allerdings könnte die Absicht Möllemanns, bei einem Parteiausschluss eine eigene Partei zu gründen, für die FDP gefährlich werden. Innerhalb der Liberalen-Anhängerschaft verfügt Möllemann über ein Potenzial von insgesamt 30 Prozent (8 Prozent würden „sicher“ und 22 Prozent

„vielleicht“ eine Partei mit Möllemann an der Spitze wählen. Infratest dimap, Dezember 2002). Die PDS würde mit einem Wähleranteil von 4 Prozent wie am 22. September an der Sperrklausel scheitern.

Anders als bei der letzten Bundestagswahl wäre die CDU/CSU damit sowohl in den alten wie in den neuen Bundesländern eindeutig die stärkste Partei. In den alten Bundesländern hätte sie mit 50 Prozent sogar eine absolute Mehrheit. In den neuen Bundesländern erzielt die Union 41 Prozent und käme damit fast an ihr bestes Wahlergebnis von der ersten gesamtdeutschen Bundestagswahl (41,8 Prozent) heran. Die SPD erhielte in den alten wie den neuen Bundesländern jeweils nur noch 28 Prozent der Wählerstimmen. Im Vergleich zu ihrem Wahlergebnis vom 22. September bedeutet dies für SPD in den alten wie in den neuen Bundesländern ein Minus von 10 bzw. 11 Prozentpunkten. Umgekehrt verzeichnen die Unionsparteien im Westen wie im Osten einen Zuwachs von etwa 13 Prozentpunkten.

Wähleranteile der Parteien im November/Dezember 2002						
	Infratest dimap			Institut für Demoskopie Allensbach	Forsa	Forschungs- gruppe Wahlen
	Gesamt	West	Ost			
CDU/CSU	48 (+5)	50 (+5)	41 (+6)	44,1	48	46 (+2)
SPD	28 (-7)	28 (-7)	28 (-9)	32,2	29	32 (-2)
B'90/Die Grünen	12 (+3)	13 (+3)	8 (+2)	9,4	11	9 (+/-0)
FDP	5 (-1)	6 (+/-0)	3 (-2)	6,8	4	5 5 (+/-0)
PDS	4 (+/-0)	1 (+/-0)	16 (+2)	*	4	4 (+/-0)
Sonstige	3 (+/-0)	2 (-1)	4 (+1)	*	4	4 (+/-0)

Angaben in % der Wähler; Angaben in Klammern = Vergleich zum Vormonat

Forschungsgruppe Wahlen (Erhebungszeitraum: 9. – 12.12.02)
 Infratest dimap (Erhebungszeitraum: 2. – 4.12.2002)
 Institut für Demoskopie Allensbach (Erhebungszeitraum: November 02)
 Forsa (Erhebungszeitraum: 2. – 6.12.02)
 * nicht ausgewiesen

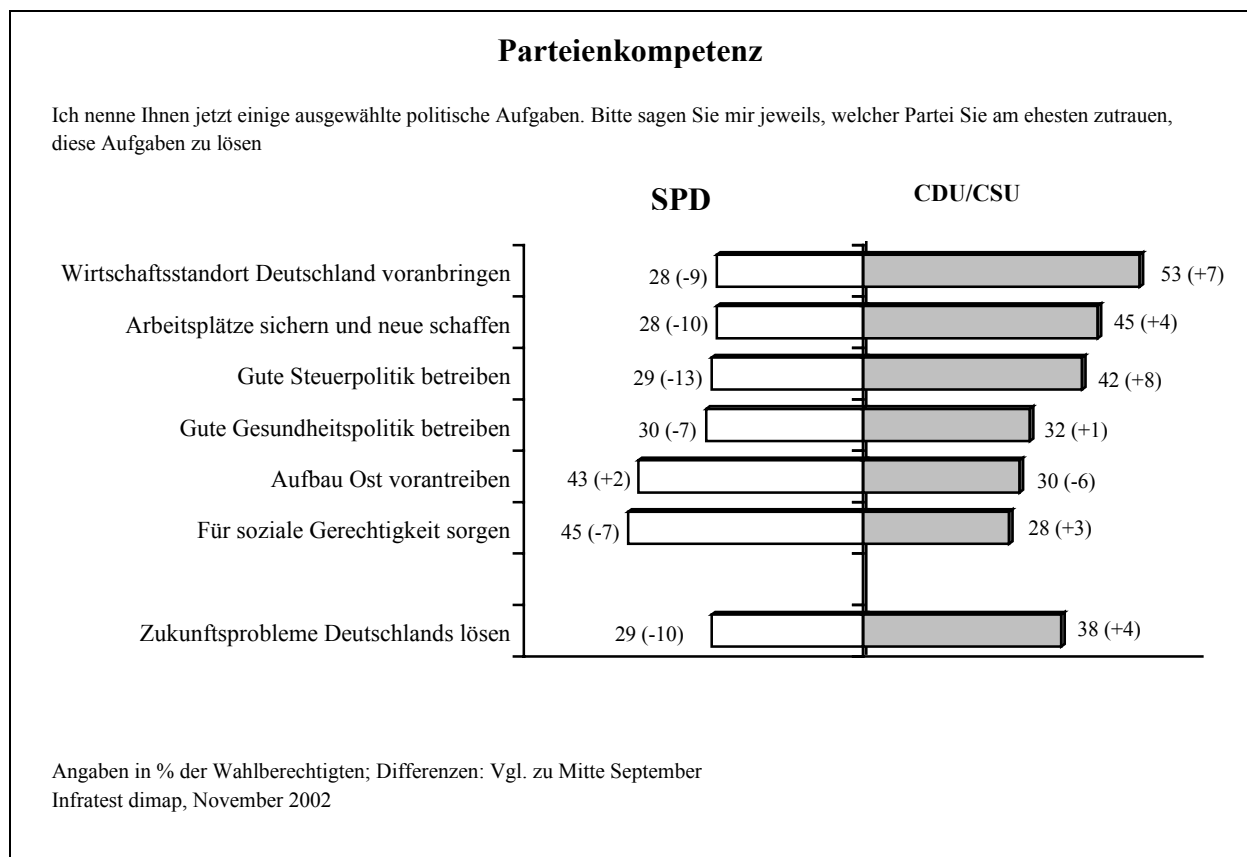
Kompetenzverluste der SPD

Parallel zum Vertrauensrückgang in die neue Regierung verschlechtern sich die Kompetenzbewertungen für die **SPD** mit teilweise zweistelligen Verlusten. Nur beim Aufbau Ost kann sie leicht an Profil hinzugewinnen. In den zentralen Bereichen Arbeitsmarkt (-10 Prozentpunkte), Wirtschafts- (-9 Prozentpunkte) und Steuerpolitik (-13 Prozentpunkte) büßen die Sozialdemokraten im Vergleich zu Mitte September massiv an Vertrauen ein.

Die SPD besitzt nur noch bei der Herstellung sozialer Gerechtigkeit (45:28 Prozent) und beim Aufbau Ost (43:30 Prozent) die Kompetenzführerschaft.

Von der Schwäche der SPD profitieren die **Unionsparteien**, die in den Bereichen Wirtschaft, Arbeit und Steuern eindeutig als die kompetentere Partei eingeschätzt werden. Bei der Wirtschaftspolitik schätzen im November 53 Prozent die Union als die kompetentere Partei ein (SPD: 28 Prozent). In der Arbeitsmarktpolitik führt die CDU/CSU mit 45 Prozent (SPD: 28 Prozent) und in der Steuerpolitik mit 42 Prozent (SPD: 29 Prozent). Auch in der Gesundheitspolitik liegt die CDU/CSU (32:30 Prozent) jetzt vor der Kanzlerpartei. Die SPD hat hier 7 Prozentpunkte eingebüßt.

In der Zukunftskompetenz musste die SPD die Kompetenzführerschaft ebenfalls an die Union abgeben. 38 Prozent der Bundesbürger (+4 Prozentpunkte) vertrauen bei der Lösung der Zukunftsprobleme in Deutschland den Unionsparteien, nur noch 29 Prozent der SPD (-10 Prozentpunkte).

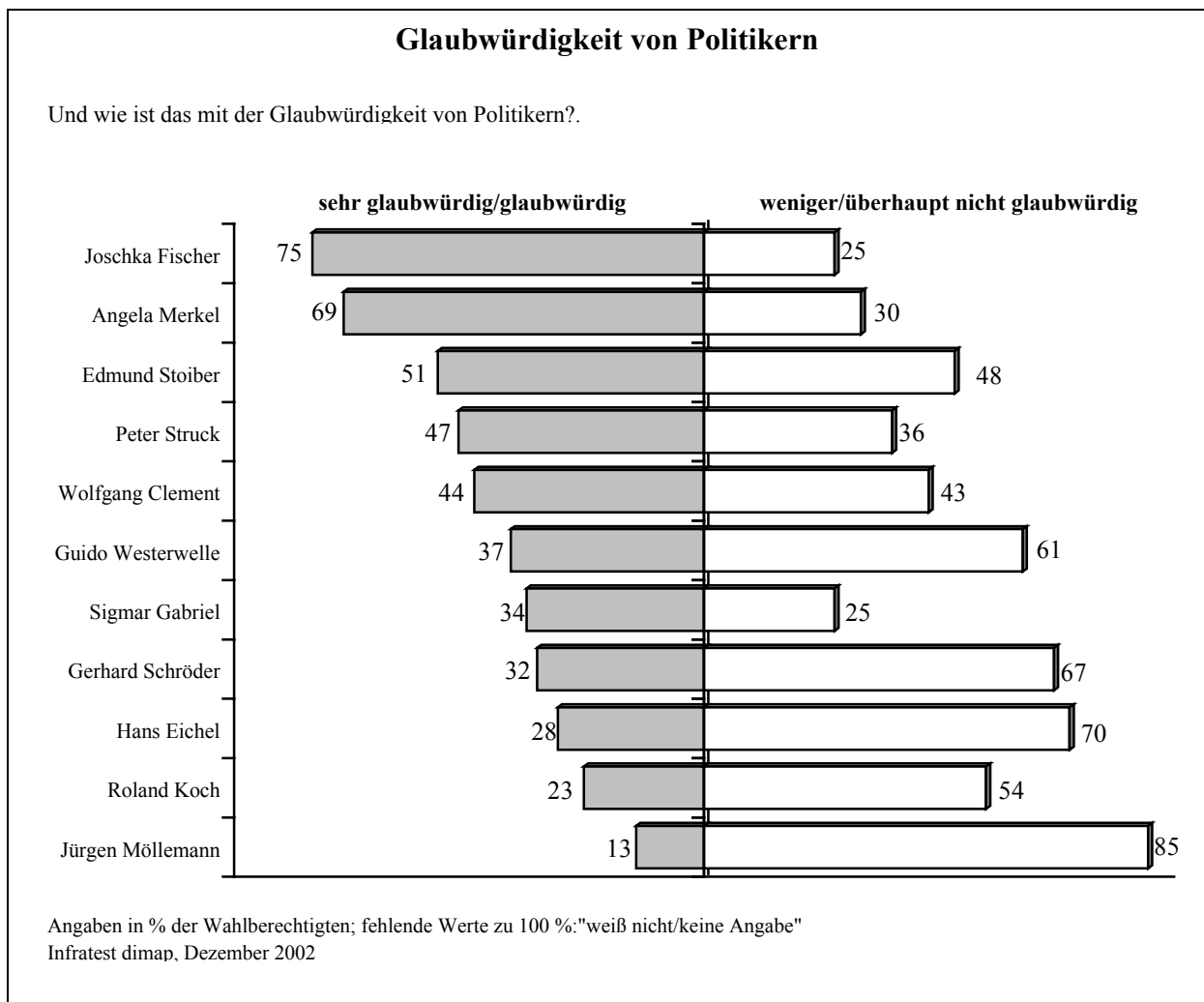


Bündnis 90/Die Grünen werden in der Gesundheitspolitik von 11 Prozent und bei der sozialen Gerechtigkeit von 7 Prozent der Bundesbürger als die kompetentere Partei gesehen. Die FDP erzielt die höchsten Werte in der Steuerpolitik (6 Prozent), muss hier jedoch einen Verlust von 3 Prozentpunkten hinnehmen. Die PDS erhält in den neuen Ländern beim Aufbau Ost (12 Prozent) und bei der sozialen Gerechtigkeit (13 Prozent) die höchste Zustimmung. Allerdings hat sie mit ihrem Scheitern an der Sperrklausel bei der Bundestagswahl am 22. September an Kompetenz verloren.

Bewertung des Bundeskabinetts

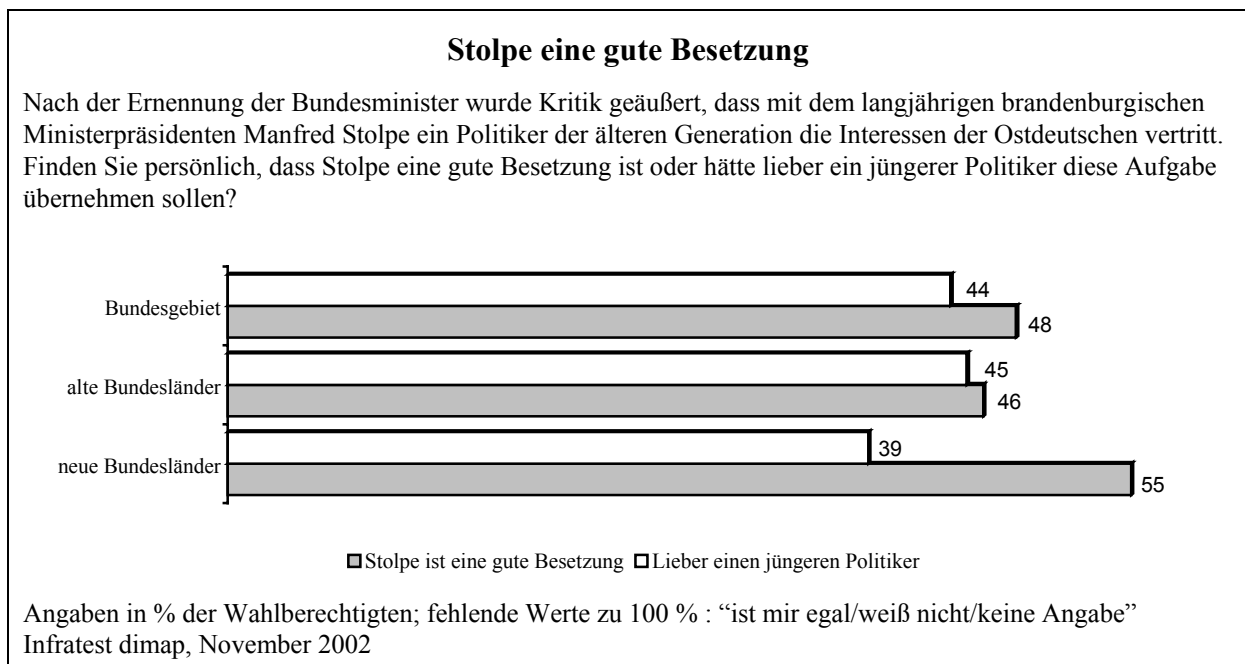
Die Kritik an der Regierung betrifft in hohem Maße den Regierungschef selbst, der seinen Amtsbonus weitgehend verloren hat. Nur ein Drittel der Wähler (32 Prozent) hält die Aussagen Gerhard Schröders für glaubwürdig, zwei Drittel (67 Prozent) sind der gegenteiligen Auffassung. Damit wird der Kabinettschef nicht nur negativer beurteilt als ein großer Teil seines Kabinetts, auch erscheint den Bürgern die Oppositionsarbeit der Unionsparteien als wesentlich glaubwürdiger. Nach Joschka Fischer (75 Prozent) genießen Angela Merkel (69 Prozent) und Edmund Stoiber (51 Prozent) das größte Vertrauen in der Bevölkerung.

Verteidigungsminister Peter Struck halten 47 Prozent der Bundesbürger für glaubwürdig und den neuen Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit Wolfgang Clement 43 Prozent. Dagegen hat der Finanzminister offensichtlich seinen Vertrauensbonus verspielt. Nur 28 Prozent der Bundesbürger halten die Aussagen Eichels für glaubwürdig.



Die Berufung des ehemaligen brandenburgischen Ministerpräsidenten Manfred Stolpe als Verkehrs- und Bauminister erweist sich in den neuen Bundesländern als Sympathiegewinn für

die Bundesregierung. 53 Prozent der Ostdeutschen setzen positive Erwartungen in den neuen Verkehrs- und Bauminister, von den Westdeutschen sind es nur knapp ein Drittel (Infratest dimap, November 2002). Auch in der Frage, ob seine Ernennung eine gute Entscheidung oder – wie verschiedentlich auch geäußert – eine Notlösung ist, gibt es klare West/Ost- Unterschiede. In den neuen Bundesländern ist die Mehrheit der Überzeugung, dass seine Berufung (55 Prozent) eine gute Personalentscheidung ist. In den alten Bundesländern halten 46 Prozent Stolpe für eine gute Besetzung, 45 Prozent sähen lieber einen jüngeren Politiker an seiner Stelle.



Bewertung der Finanzpolitik und der Reformvorhaben der Bundesregierung

Mit der wenige Tage nach der Bundestagswahl erfolgten Bekanntgabe erheblicher Finanzlücken für den Haushalt 2003, die nicht nur weitere Einsparungen sondern auch Steuererhöhungen und eine Erhöhung der Neuverschuldung notwendig machen, hat die Bundesregierung an Vertrauen und Glaubwürdigkeit verloren. Die Erklärung des alten und neuen Finanzministers Hans Eichel, die Probleme seien erst nach der Wahl in ihrem ganzen Ausmaß sichtbar geworden, ist für 84 Prozent nicht glaubwürdig. Lediglich 14 Prozent halten Eichels Aussage für zutreffend. Dabei sind nicht nur neun von zehn Oppositionsanhängern der Ansicht, dass die Bundesregierung die bestehenden Finanzprobleme vor der Wahl verschwiegen haben. In gleichem Maße teilen auch die Wähler der Grünen ebenso wie drei Viertel der SPD-Anhänger diese Ansicht.

Glaubwürdigkeit der Bundesregierung		
Die Bundesregierung hat gesagt, dass das ganze Ausmaß der Finanzlücken im Bundeshaushalt erst nach der Bundestagswahl erkennbar war. Finden Sie diese Aussage glaubwürdig oder nicht?		
	Ja, ist glaubwürdig	Nein, ist nicht glaubwürdig
Insgesamt	14	84
CDU/CSU-Anhänger	11	88
SPD-Anhänger	23	74
B'90/Grüne-Anhänger	11	89
FDP-Anhänger	10	90
PDS-Anhänger	19	79
Angaben in % der Wahlberechtigten; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht/keine Angabe“ Infratest dimap, November 2002		

Auf Misstrauen stößt die Bundesregierung auch hinsichtlich der Höhe des Defizits im Bundeshaushalt. Nur 19 Prozent der Bundesbürger gehen davon aus, dass es bei der von der Bundesregierung geschätzten Finanzlücke bleibt. 77 Prozent hingegen vermuten, dass das Haushaltsdefizit die angegebene Summe letztlich noch übersteigen wird.

Finanzlücke im Bundeshaushalt		
Für das nächste Jahr rechnet die Regierung mit einer Finanzlücke von 14 Milliarden Euro im Bundeshaushalt. Glauben Sie, dass es dabei bleiben wird oder erwarten Sie eine noch größere Finanzlücke?		
	Wird bei 14 Milliarden bleiben	Größere Finanzlücke zu erwarten
Insgesamt	19	77
CDU/CSU-Anhänger	9	88
SPD-Anhänger	33	62
B'90/Grüne-Anhänger	34	62
FDP-Anhänger	14	81
PDS-Anhänger	32	66
Angaben in % der Wahlberechtigten; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht/keine Angabe“ Infratest dimap, November 2002		

Wenig überzeugt sind die Bundesbürger von der Wirksamkeit der von der Hartz-Kommission vorgeschlagenen Maßnahmen zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit. Entsprechend skeptisch wird auch Clements Vorhaben beurteilt, die **Hartz-Vorschläge** zum Kernstück seiner Politik zu machen. Lediglich jeder Zehnte erwartet durch die Realisierung einen wesentlichen Einfluss auf die Arbeitslosenzahlen. Gut jeder Vierte (27 Prozent) erwartet einen völligen Misserfolg. 59 Prozent hegen die Hoffnung, dadurch wenigstens eine teilweise Verbesserung der Arbeitsmarktsituation zu erreichen. Die Einschätzung der Arbeitslosen selbst unterscheidet sich dabei kaum von der Bevölkerung insgesamt.

Im Vergleich zum Juli 2002 hat sich damit die Skepsis verstärkt: Im Juli hoffte immerhin noch jeder Fünfte auf eine deutliche Reduzierung der Arbeitslosigkeit, 62 Prozent rechneten wenigstens mit einer teilweisen Verbesserung, 12 Prozent erwarteten ein Scheitern.

Auswirkung der Hartz-Vorschläge				
Der neue Wirtschafts- und Außenminister Clement hat angekündigt, die Vorschläge der Hartz-Kommission konsequent umzusetzen. Wie wird sich das Ihrer Meinung nach auf die Höhe der Arbeitslosenzahl auswirken? Wird die Zahl der Arbeitslosen durch die Umsetzung der Hartz-Vorschläge sehr stark, stark, weniger stark oder gar nicht zurückgehen?				
	sehr stark	stark	weniger stark	gar nicht
Insgesamt	1 (-1)	9 (-9)	59 (-3)	27 (+15)
CDU/CSU-Anhänger	- (-2)	4 (-11)	56 (-8)	37 (+26)
SPD-Anhänger	1 (-2)	13 (-8)	66 (+4)	16 (+7)
B'90/Grüne-Anhänger	2 (+2)	21 (-9)	63 (+4)	10 (+/-0)
FDP-Anhänger	- (-3)	6 (-21)	57 (-5)	32 (+28)
PDS-Anhänger	- (+/-0)	9 (-8)	61 (-5)	26 (+9)
Angaben in % der Wahlberechtigten; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht/keine Angabe“ Differenzen: Vgl. zu Juli 2002 Infratest dimap, November 2002				

Bei den Steuerplänen der Bundesregierung fällen die Bürger ein differentes Urteil. Während eine weitere Erhöhung der Ökosteuern entschieden abgelehnt wird, stoßen die Maßnahmen im Rahmen der Vermögens-, Erbschafts- und Mehrwertsteuer durchaus mehrheitlich auf Zustimmung. Den Vorschlag der Grünen, die **Ökosteuern** zur Stabilisierung der Rentenbeiträge über das geplante Maß hinaus zu erhöhen, lehnen fast drei Viertel der Deutschen (73 Prozent) ab. Nur 22 Prozent äußern sich zu diesen Plänen positiv. Mit Ausnahme der Anhänger der Grünen sind alle anderen Parteianhängerschaften mehrheitlich gegen eine Anhebung der Ökosteuern. Für eine weitere Erhöhung der Energieabgabe votieren 54 Prozent der Grünen-Anhänger, 31 Prozent der SPD-Anhänger und 29 Prozent der PDS-Anhänger. In den Anhängerschaften von CDU/CSU (9 Prozent) und FDP (7 Prozent) wäre ein solches Vorgehen nicht einmal für jeden Zehnten akzeptabel.

Erhöhung der Ökosteuern		
Einige Politiker der Grünen wollen die Ökosteuern über die, für das nächste Jahr schon beschlossenen 3 Cent hinaus erhöhen, um die Beiträge der Arbeitnehmer zur Rentenversicherung stabil zu halten. Befürworten Sie dieses Vorhaben oder lehnen Sie es ab?		
	Befürworte das Vorhaben	Lehne es ab
Insgesamt	22	73
CDU/CSU-Anhänger	9	88
SPD-Anhänger	31	65
B'90/Grüne-Anhänger	54	38
FDP-Anhänger	7	89
PDS-Anhänger	29	68
Angaben in % der Wahlberechtigten; fehlende Werte zu 100 %: „Ökosteuern sollte abgeschafft werden/weiß nicht/keine Angabe“ Infratest dimap, Oktober 2002		

Ganz anders werden die Steuerpläne der Ministerpräsidenten von Niedersachsen und Rheinland-Pfalz beurteilt. Der Vorschlag von Sigmar Gabriel und Kurt Beck, zur Finanzierung von Investitionen im Bildungssystem, die **Vermögenssteuer** wieder einzuführen und die **Erb-**

schaftssteuer auf große Erbschaften zu erhöhen, findet bei zwei Dritteln der Bundesbürger Zustimmung (Wiedereinführung der Vermögenssteuer: 67 Prozent; Erhöhung der Erbschaftssteuer: 63 Prozent). In den einzelnen Anhängerschaften ist die Befürwortung bzw. Ablehnung dieser Pläne allerdings sehr unterschiedlich ausgeprägt. Während jeweils ca. drei Viertel der Anhänger der Regierungsparteien und neun von zehn PDS-Anhängern für die Pläne der beiden SPD-Ministerpräsidenten votieren, ist die Akzeptanz in den Anhängerschaften von CDU/CSU und FDP bereits deutlich geringer ausgeprägt. Bei CDU/CSU-Anhängern sind 51 Prozent für die Vermögenssteuer und 47 Prozent für die Erhöhung der Erbschaftssteuer. Von den FDP-Anhängern würden 61 Prozent der Vermögenssteuer und 56 Prozent einer höheren Erbschaftssteuer zustimmen.

Einführung der Vermögenssteuer		
Die SPD-Ministerpräsidenten Sigmar Gabriel und Kurt Beck haben vorgeschlagen, die Vermögenssteuer für große Vermögen wieder einzuführen, um damit eine Bildungsreform finanzieren zu können. Befürworten Sie dieses Vorhaben oder lehnen Sie es ab?		
	Befürworte das Vorhaben	Lehne es ab
Insgesamt	67	28
CDU/CSU-Anhänger	51	45
SPD-Anhänger	81	15
B'90/Grüne-Anhänger	78	18
FDP-Anhänger	61	35
PDS-Anhänger	94	2
Angaben in % der Wahlberechtigten; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht/keine Angabe“ Infratest dimap, Oktober 2002		

Erhöhung der Erbschaftssteuer		
Gabriel und Beck haben auch eine Erhöhung der Erbschaftssteuer auf Erbschaften in Millionenhöhe zur Finanzierung einer Bildungsreform vorgeschlagen. Befürworten Sie dieses Vorhaben oder lehnen Sie es ab?		
	Befürworte das Vorhaben	Lehne es ab
Insgesamt	63	33
CDU/CSU-Anhänger	47	49
SPD-Anhänger	76	21
B'90/Grüne-Anhänger	78	19
FDP-Anhänger	56	40
PDS-Anhänger	90	10
Angaben in % der Wahlberechtigten; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht/keine Angabe“ Infratest dimap, Oktober 2002		

Mit ihrem Vorschlag haben Gabriel und Beck offensichtlich besonders den Nerv der Ostdeutschen getroffen. Für die Wiedereinführung der Vermögenssteuer votieren 64 Prozent der Westdeutschen und 79 Prozent der Ostdeutschen. Die Erhöhung der Erbschaftssteuer auf große Erbschaften befürworten 59 Prozent der Westdeutschen und 78 Prozent der Ostdeutschen.

Ebenfalls auf breite Zustimmung stößt der Plan von Bundesgesundheitsministerin Ulla Schmidt, Kampagnen zur Vorbeugung und Gesundheitsförderung mit einer spürbaren Erhö-

lung der **Tabaksteuer** zu finanzieren. 70 Prozent befürworteten das Vorhaben, 29 Prozent lehnen es ab. Sie findet damit Zustimmung in allen Parteienanhängerschaften.

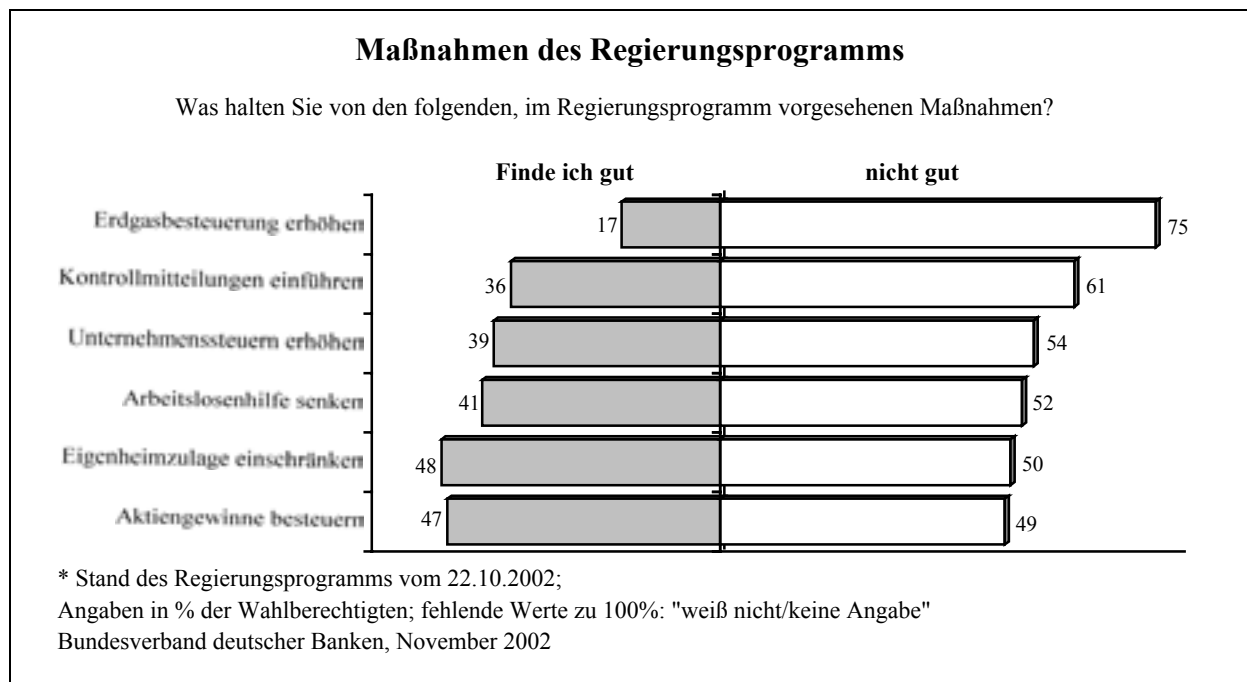
Erhöhung der Tabaksteuer		
Gesundheitsministerin Ulla Schmidt will die Tabak-Steuer um bis zu 5 Cent pro Zigarette erhöhen, um mit den Einnahmen Kampagnen zur Vorbeugung und Gesundheitsförderung zu finanzieren. Befürworten Sie dieses Vorhaben oder lehnen Sie es ab?		
	Befürworte das Vorhaben	Lehne es ab
Insgesamt	70	29
CDU/CSU-Anhänger	64	34
SPD-Anhänger	72	27
B'90/Grüne-Anhänger	85	15
FDP-Anhänger	65	35
PDS-Anhänger	73	27
Angaben in % der Wahlberechtigten; fehlende Werte zu 100 %: „weiß nicht/keine Angabe“ Infratest dimap, Oktober 2002		

Vor die Wahl gestellt, den steigenden Kosten im Gesundheitswesen mit der Reduzierung von Leistungen oder mit der Erhöhung der Beiträge entgegen zu treten, votiert eine relative Mehrheit für die Beitragserhöhung zur Aufrechterhaltung des bisherigen Versorgungsniveaus (45 Prozent). Knapp ein Drittel (32 Prozent) würde lieber Leistungskürzungen in Kauf nehmen, wenn dadurch Beitragserhöhungen vermieden werden. Ein knappes Viertel (23 Prozent) kann oder will sich nicht entscheiden.

Beitragserhöhung vs. Leistungskürzung im Gesundheitswesen		
Angesichts steigender Kosten wird derzeit über die Reform des Gesundheitswesens diskutiert. Dabei wird diskutiert, entweder die Krankenkassen-Beiträge anzuheben um damit die gleichen Leistungen wie bisher anbieten zu können, oder die Leistungen zu reduzieren um so stabile Beiträge zu sichern. Welchem Vorschlag stimmen Sie eher zu?		
	Anhebung von Beiträgen bei gleich bleibenden Leistungen	Reduzierung von Leistungen bei stabilen Beiträgen
Insgesamt	45	32
CDU/CSU-Anhänger	42	36
SPD-Anhänger	54	27
B'90/Grüne-Anhänger	47	26
FDP-Anhänger	42	40
PDS-Anhänger	44	23
Angaben in % der Wahlberechtigten; Weiß nicht/keine Angabe: 23 Prozent; Infratest dimap, Oktober 2002		

Besonders groß ist das Missfallen der Bürger über die – inzwischen bereits etwas abgeschwächte – Erhöhung der Erdgassteuer. Sie wird von drei Vierteln der Bundesbürger abgelehnt. Die Einführung von Kontrollmitteilungen kritisieren 61 Prozent. Eine Erhöhung der Unternehmenssteuern lehnen 54 Prozent ab. Gegen eine Senkung der Arbeitslosenhilfe sprechen sich 52 Prozent aus. Bei der Einschränkung der Eigenheimzulage (48:50) und der Be-

steuerung von Aktiengewinnen (47:49) halten sich Befürworter und Gegner in etwa die Waage.



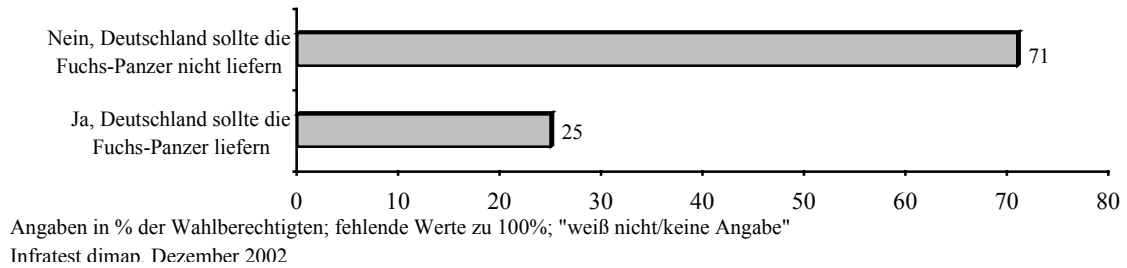
Einstellung zur Lieferung von Fuchs-Panzern nach Israel

Während die Anforderung über die Lieferung der Truppentransportpanzer zwischen der Regierung und der CDU/CSU-Opposition konträr diskutiert wird, ist sich die Mehrheit der Bundesbürger in dieser Frage einig. Fast drei Viertel (71 Prozent) lehnen eine Panzer-Lieferung an Israel ab, nur ein Viertel wäre für einen Export.

Am ausgeprägtesten ist die Ablehnung bei den Anhängern der Grünen (81 Prozent) und der PDS (92 Prozent). Von den SPD-Anhängern sprechen sich fast drei Viertel (71 Prozent) und von den Anhängern der Unionsparteien zwei Drittel gegen den Rüstungsexport aus. Bei den FDP-Anhängern sind 45 Prozent für und 53 Prozent gegen die Lieferung der Panzer an Israel. Die Anhängerschaft der CDU/CSU ist hier damit anderer Meinung als die Parteiführung.

Lieferung von Panzern nach Israel

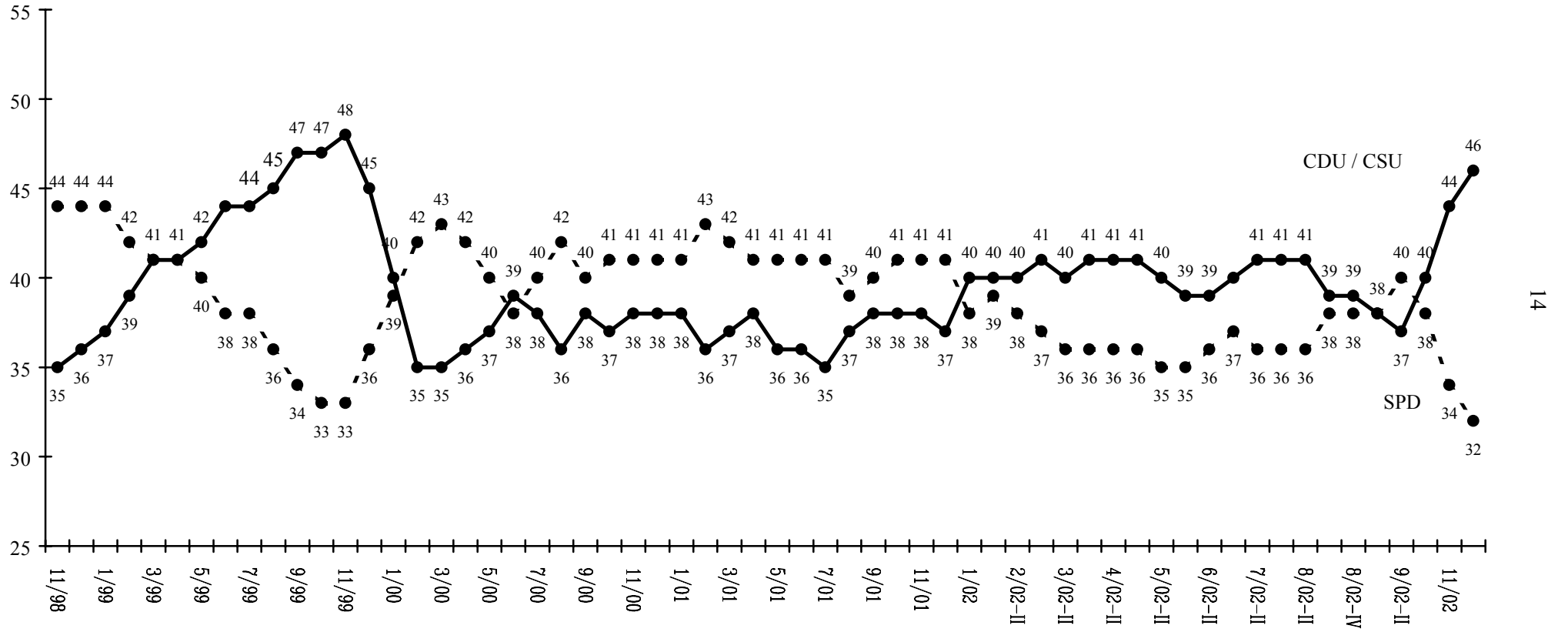
Israel hat Deutschland um die Lieferung von Fuchs-Panzern gebeten, mit denen Truppen transportiert werden können. Die einen lehnen die Lieferung ab, weil ein Einsatz auch in Palästinensergebieten nicht auszuschließen sei; die anderen befürworten die Lieferung, weil Deutschland eine geschichtliche Verantwortung gegenüber Israel habe. Sollte Deutschland Ihrer Meinung nach die Fuchs-Panzer liefern oder nicht?



Anhang: Zusammenschau langfristiger Trends

Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen Gesamtdeutschland

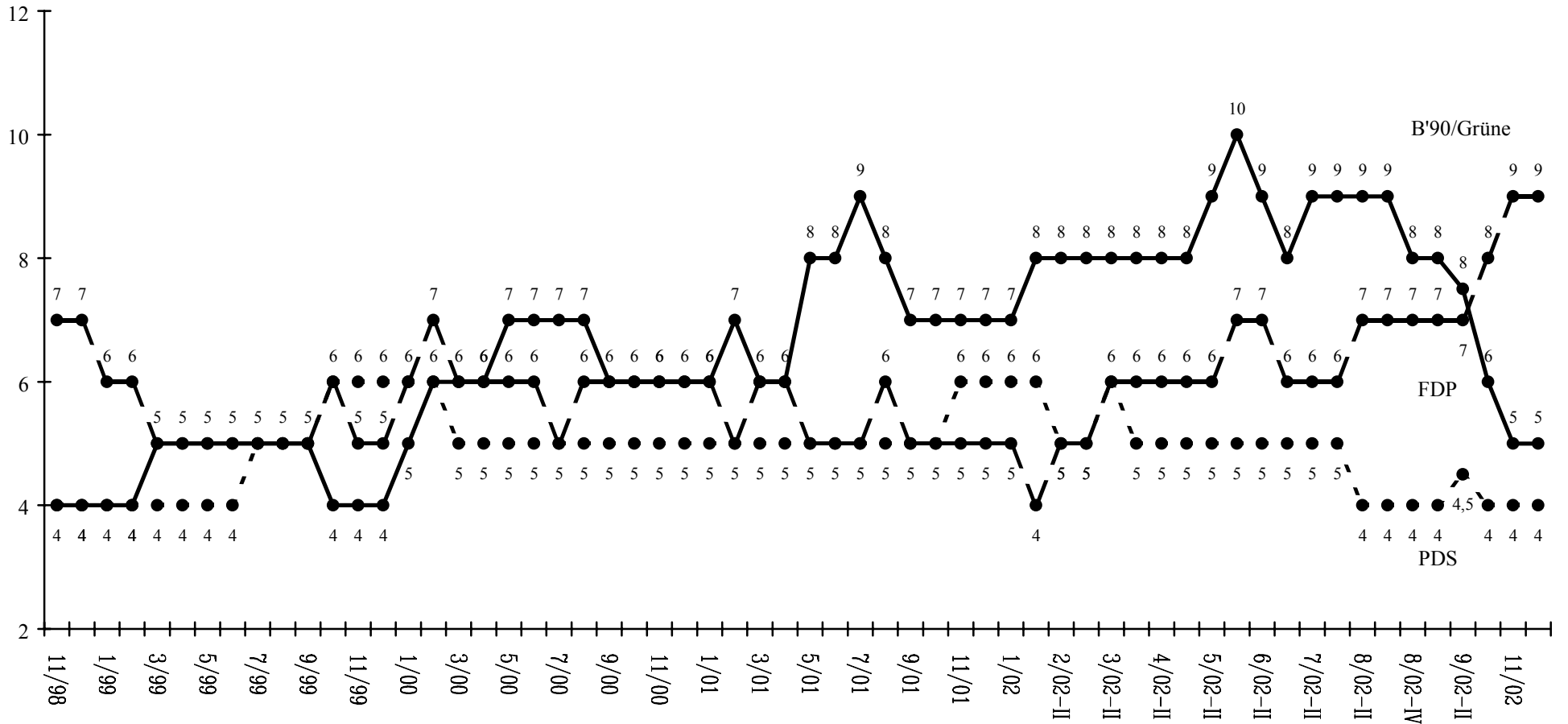
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

Sonntagsfrage Forschungsgruppe Wahlen Gesamtdeutschland

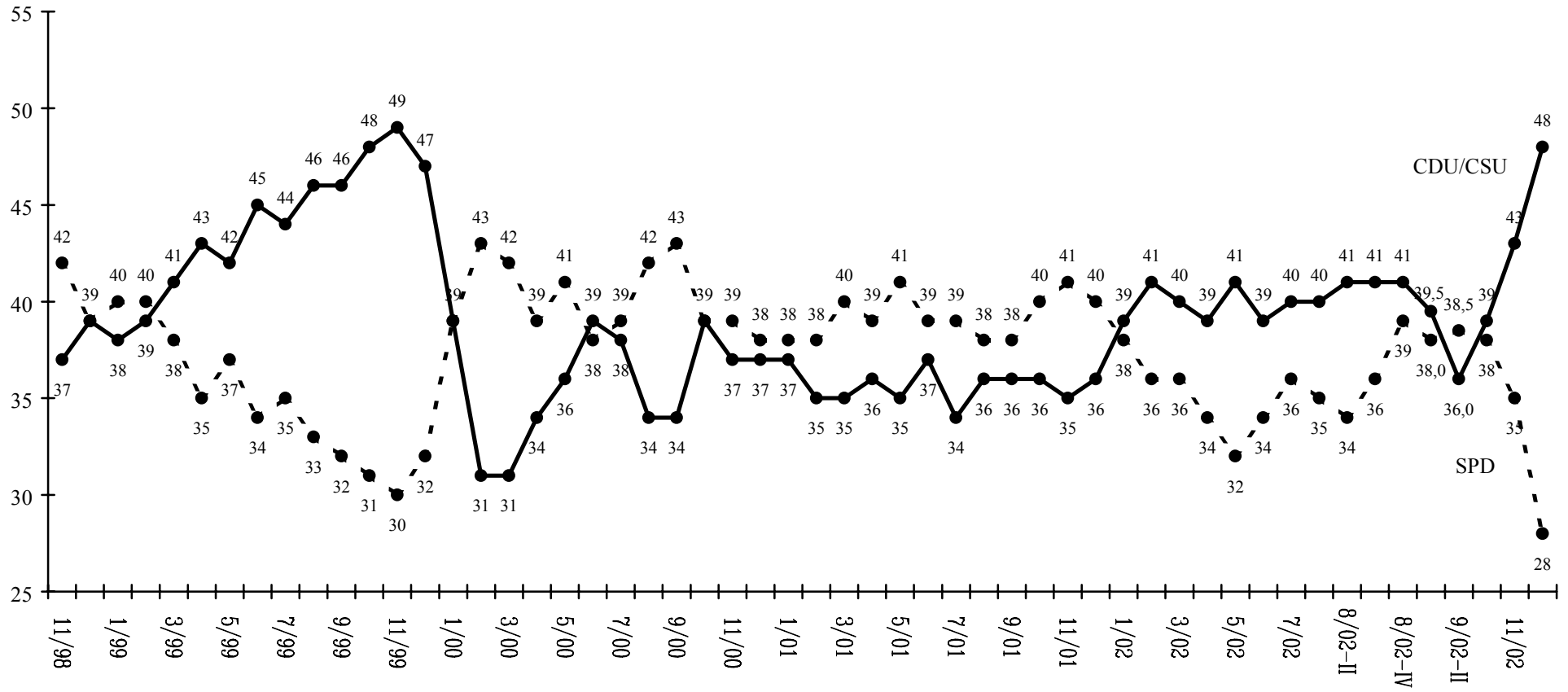
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Forschungsgruppe Wahlen

Sonntagsfrage Infratest dimap Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

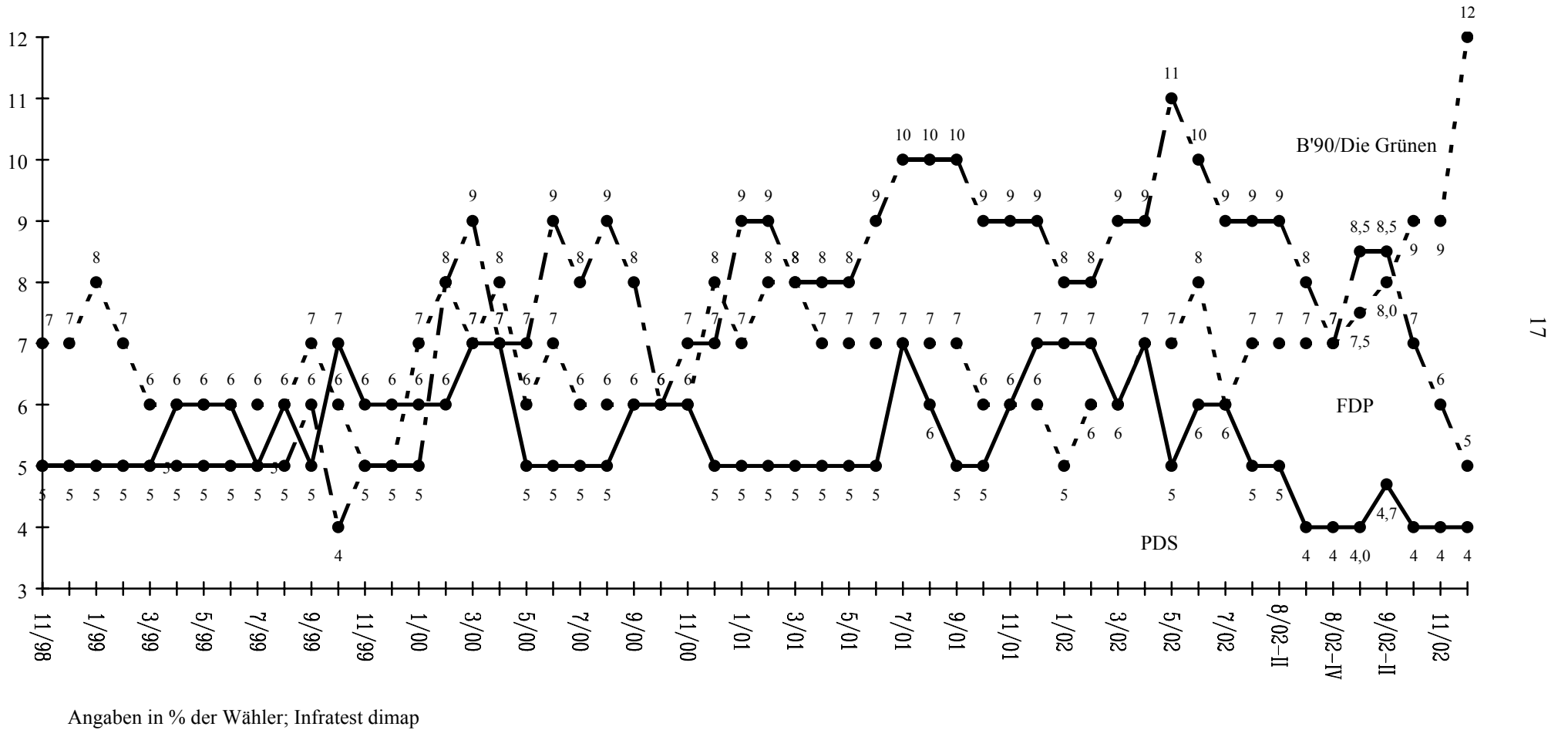


Angaben in % der Wähler, Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap

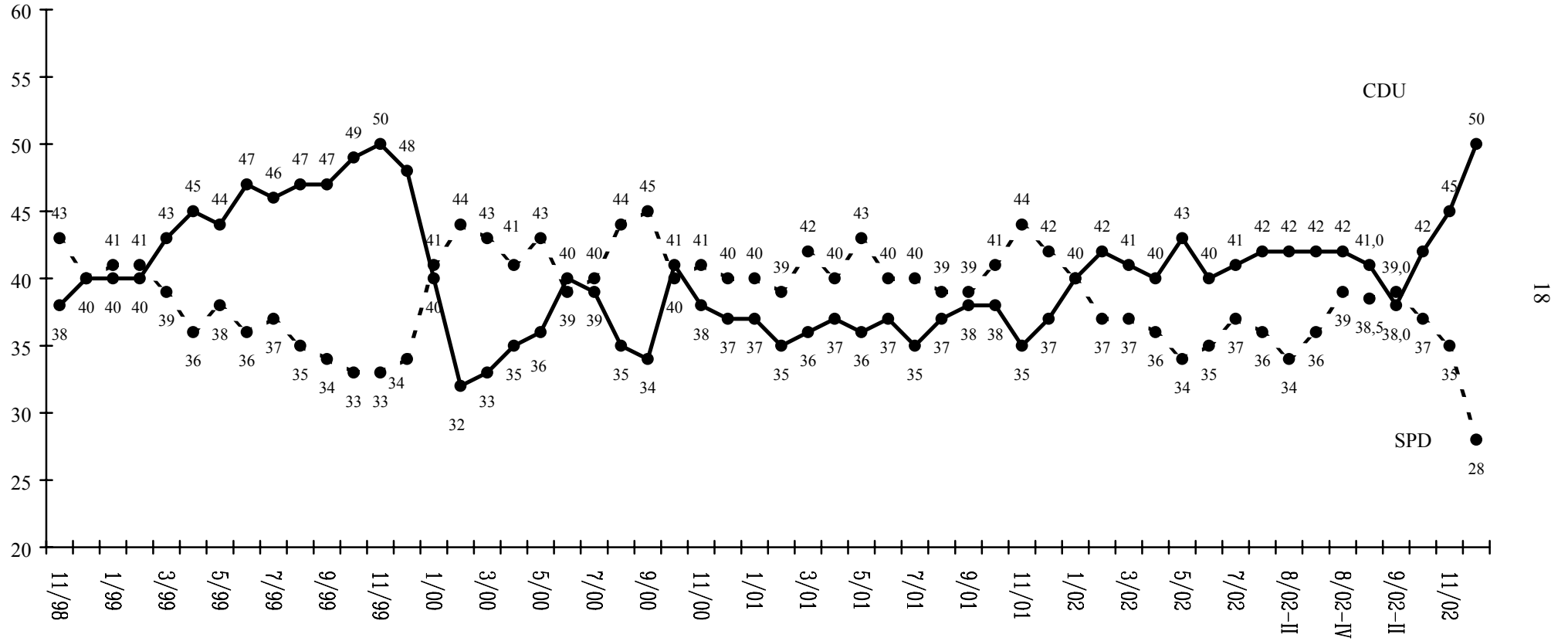
Gesamtdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?



Sonntagsfrage Infratest dimap Westdeutschland

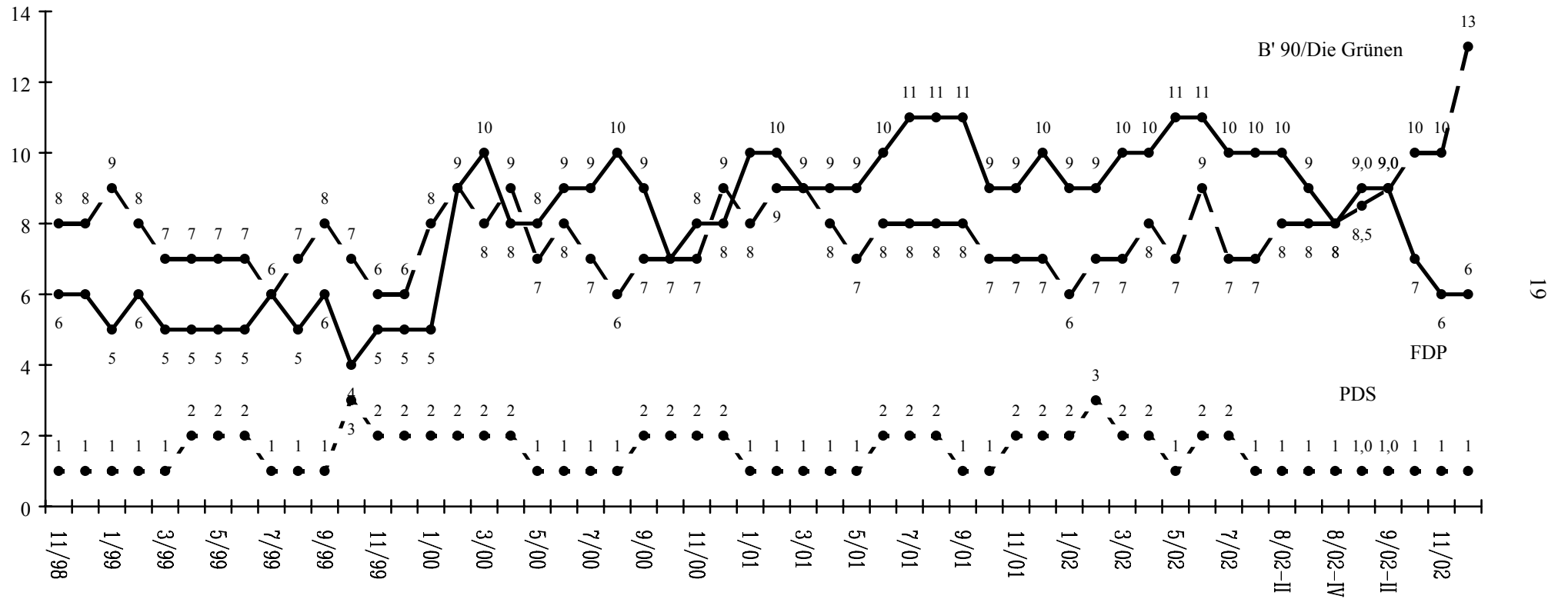
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Westdeutschland

Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?

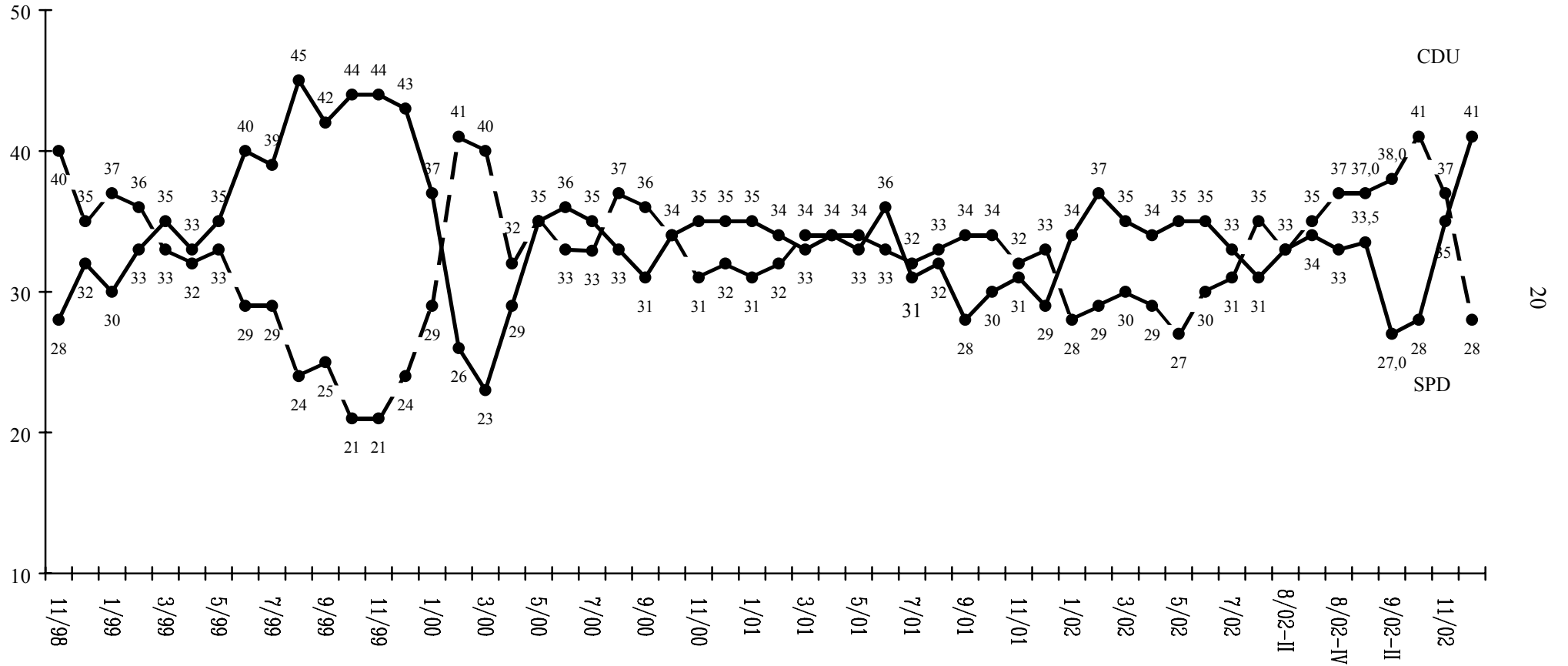


Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap

Ostdeutschland

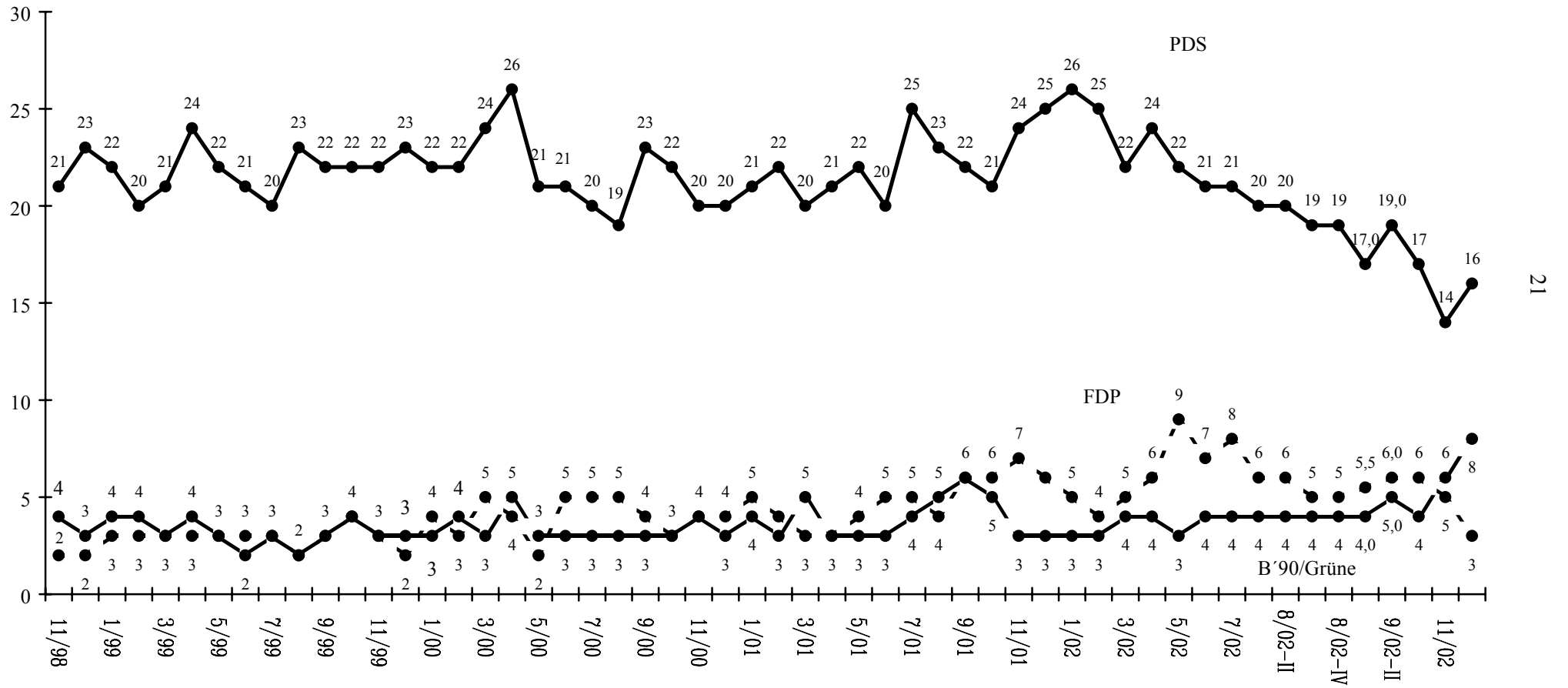
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Sonntagsfrage Infratest dimap Ostdeutschland

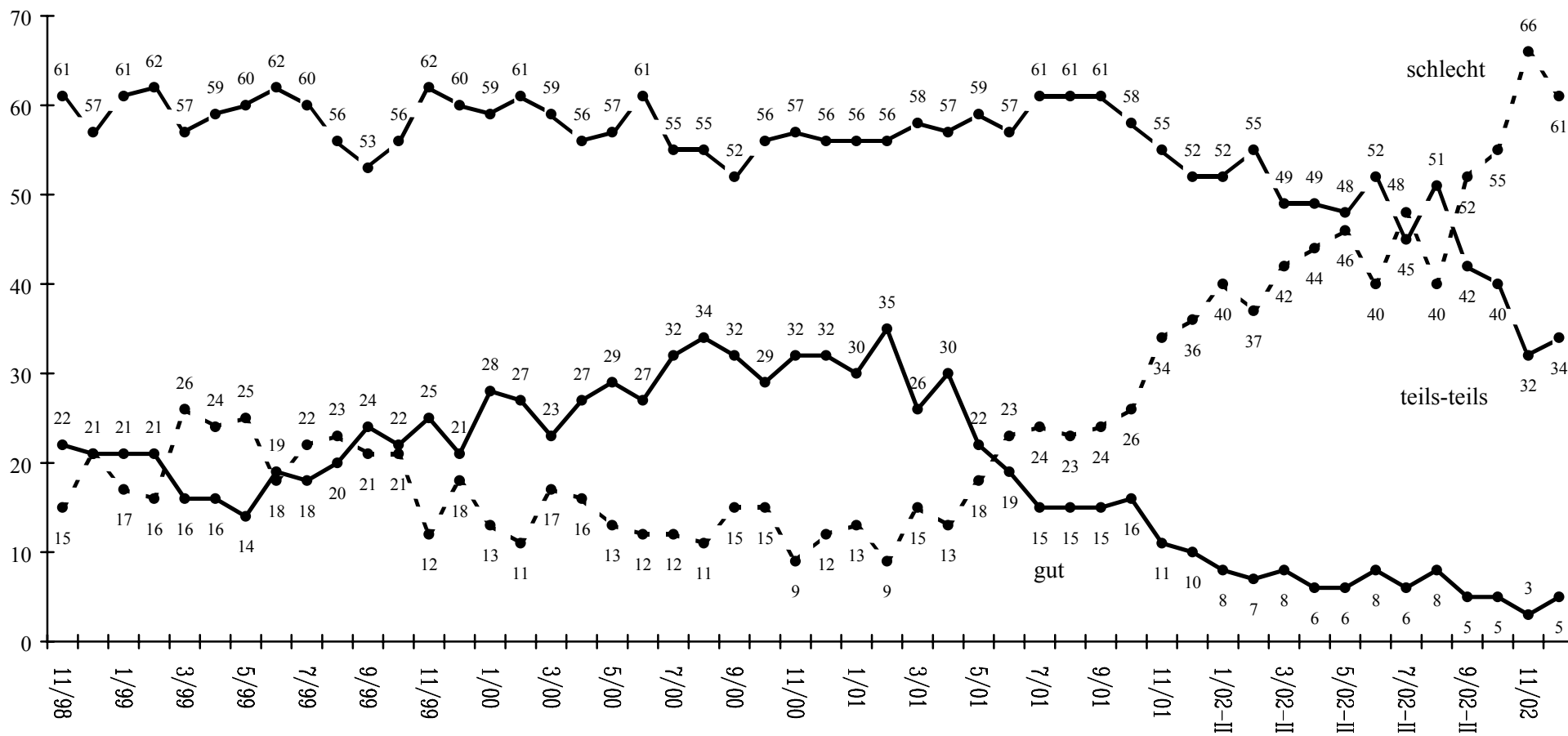
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre?



Angaben in % der Wähler; Infratest dimap

Bewertung der aktuellen Wirtschaftslage

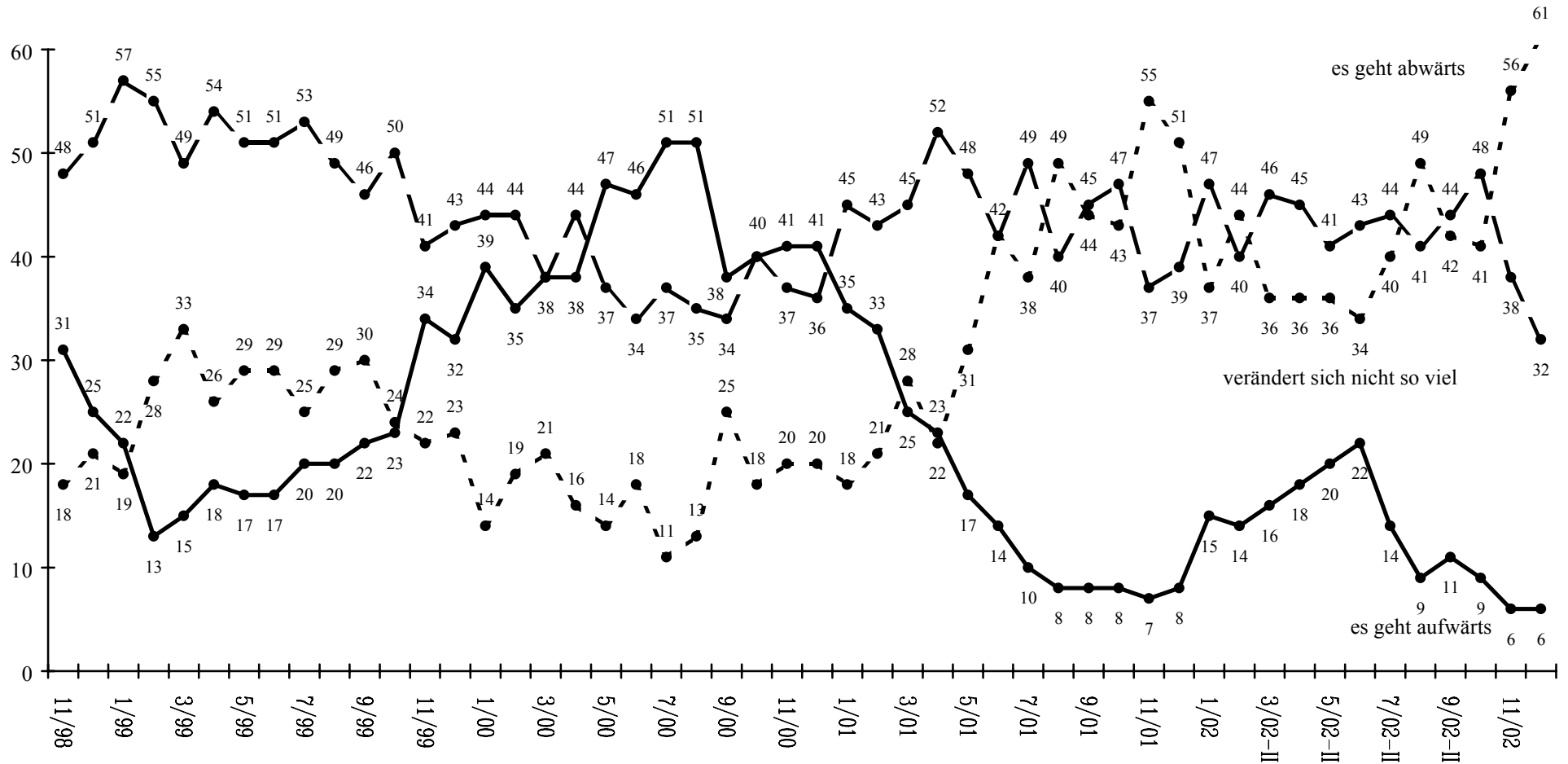
Wie bewerten Sie die derzeitige allgemeine Wirtschaftslage?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

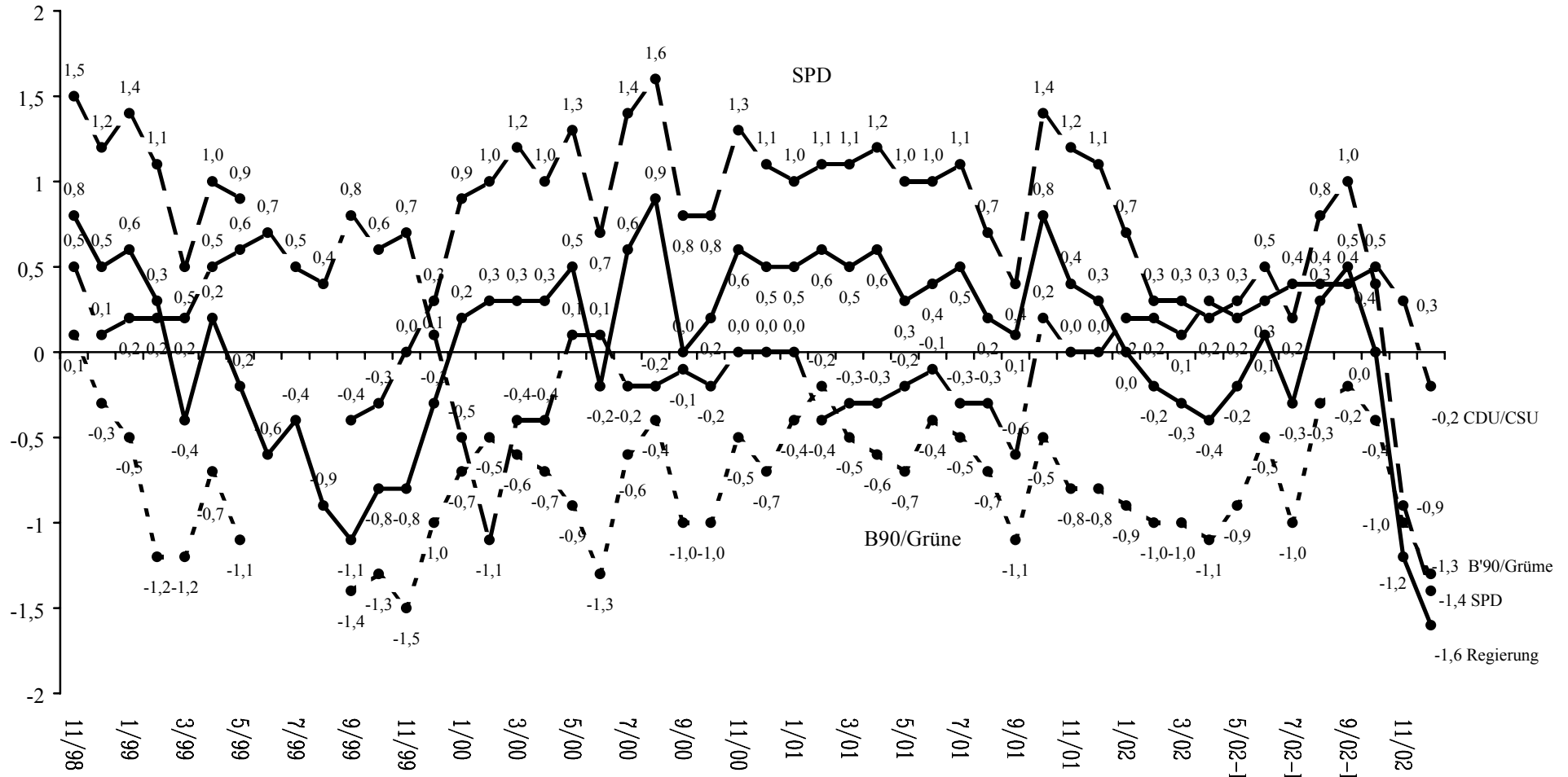
Bewertung der zukünftigen Wirtschaftslage

Und wie wird sich die Wirtschaftslage in Deutschland in den nächsten Monaten verändern?



Angaben in % der Wahlberechtigten; Forschungsgruppe Wahlen

Zufriedenheit mit Regierung und Opposition



Mittelwerte der Wahlberechtigten; Skala von -5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden);
 Forschungsgruppe Wahlen

Wichtigkeit politischer Probleme
- spontane, offene Nennung -

In welchen politischen Bereichen gibt es Ihrer Meinung nach zur Zeit die meisten politischen Probleme?

	Dez 01	Jan 02	Feb 02	Mrz 02	Apr 02	Mai 02	Jun 02	Jul 02	Aug 02	Sep 02	Okt 02	Nov 02	Dez 02
Arbeitslosigkeit	62	78	75	69	71	60	69	75	72	85	77	74	71
Politikerverdruss/Affären	8	7	8	16	9	10	9	11	7	5	7	10	16
Ausländer/Asylbewerber	8	8	9	15	13	8	14	10	5	5	5		
Wirtschaftslage	13	14	13	10	14	14	11	17	12	14	21	17	19
Terror/Krieg/Frieden	23	10	9	8	9	11		4		16	8	6	6
Kriminalität/Ruhe/Ordnung	10	7	6	6	6	7	5						
EU/Euro/Europa	6	5	4	5									
Familie, Jugend, Kinder			4	5	7	5	5	4	4	5	7		
Gesundheitswesen	5	5	3	5	5	2	4	4		4	7	8	7
Kosten/Preise/Löhne			5	4	6	15						3	4
Euro/Preiserhöhungen							10	9	3	4	5	6	6
Bildung/Schule	7	6	4		4	6	14	5	4			4	
Steuern/Steuererhöhung			4	5	5				5	6	9	13	14
Rente/Altersicherung	5	5		4	3	5	5	4		4	5	14	9
Staatsverschuldung											4	5	4

Angaben in % der Wahlberechtigten (Mehrfachnennungen möglich), Forschungsgruppe Wahlen

Parteienkompetenz																				
		Wirtschaft			Arbeitslosigkeit			Alterssicherung			Gesundheitspolitik			Familienpolitik			Steuerpolitik			
		CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	
1998	3	31	34	-3	19	47	-28													
	4	34	37	-3	20	44	-24													
	5	32	38	-6	20	47	-27													
	6	37	37	0	23	44	-21													
	7	37	37	0	23	46	-23													
	8	41	32	+9	27	40	-13													
	9	43	33	+10	28	43	-15													
1999	2	38	42	-4	27	48	-21													
	5	47	28	+19	33	37	-4													
	7	50	28	+22	36	33	+3	38	31	+7							34	35	-1	
	9	53	23	+30	36	29	+7				29	31	-2				37	29	+8	
	12	51	25	+26	36	31	+5				34	25	+9				37	26	+11	
2000	2	38	39	-1	24	45	-21				25	36	-11				24	43	-19	
	5	41	36	+5	26	45	-19										28	42	-14	
	8	35	42	-7	23	51	-28	29	37	-8							25	45	-20	
	11	39	35	+4	27	46	-19	30	33	-3							31	35	-4	
	2001	2	40	33	+7	30	42	-12	30	33	-3	24	31	-7				28	38	-10
5	40	34	+6	28	43	-15	26	36	-10								28	37	-9	
8	40	30	+10	33	32	+1	30	30	0	29	27	+2	22	46	-24					
10	40	34	+6	33	35	-2	28	37	-9								30	36	-6	
2002	1	44	30	+14	35	30	+5	32	33	-1	29	28	+1				31	30	+1	
	4	45	29	+16	39	27	+12	33	31	+2				23	45	-22	33	28	+5	
	7	53	24	+29	46	25	+21							27	47	-20				
	9	50	31	+19	43	32	+11	32	37	-5	32	33	-1				38	37	+1	
	11	53	28	+25	45	28	+17				32	30	+2				42	29	+13	

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteienkompetenz																		
	Staatsverschuldung			Kriminalität			Schutz vor Terror in Deutschland			Asyl/Ausländer			Außenpolitik			Soziale Gerechtig- keit		
	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.
1998	3																	
	4																	
	5			31	32	-1				20	35	-15						
	6			34	29	+5				24	35	-11						
	7			38	30	+8				28	32	-4						
	8			41	27	+14				32	30	+2						
	9			40	29	+11				31	32	-1						
1999	2			42	30	+12				31	38	-7						
	5			45	26	+19				33	37	-4	39	32	+7			
	7	29	38	-9	47	22	+25									26	42	-16
	9	30	37	-7	43	22	+21									27	38	-11
	12	27	37	-10	45	20	+25									29	41	-12
2000	2	20	46	-26	33	32	+1									17	49	-32
	5	22	47	-25	39	27	+12			28	34	-6	35	36	-1	20	47	-27
	8				41	28	+13			25	37	-12	29	39	-10	19	48	-29
	11				43	25	+18			27	35	-8	33	37	-4	22	45	-23
2001	2			37	29	+8							30	35	-5	28	38	-10
	5			37	27	+10				25	34	-9	28	37	-9	28	37	-9
	8			42	28	+14							32	29	+3	21	40	-19
	10			39	30	+9	29	32	-3				26	40	-14	22	46	-24
2002	1			40	26	+14	35	29	+6				30	37	-7	22	42	-20
	4			46	23	+23				32	30	+2				25	40	-15
	7																	
	9			48	29	+19				32	37	-5	29	36	-7	25	48	-23
	11															28	45	-17

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Parteienkompetenz																		
	Umweltpolitik				Verbraucherschutz				Energiepolitik				Wohlstand sichern			Zukunftsprobleme lösen		
	CDU/ CSU	SPD	Diff.	Grüne	CDU/ CSU	SPD	Diff.	Grüne	CDU/ CSU	SPD	Diff.	Grüne	CDU/ CSU	SPD	Diff.	CDU/ CSU	SPD	Diff.
1998	3															21	37	-16
	4															22	39	-17
	5															24	38	-14
	6															26	37	-11
	7															27	39	-12
	8															29	34	-5
	9															30	39	-9
1999	2	16	28	-12	41				26	33	-7	22				29	41	-12
	5								29	27	+2	20	39	32	+7	35	32	+3
	7	21	21	0	38				31	25	+6	21				40	27	+13
	9	20	15	+5	45											37	26	+11
	12	20	15	+5	44											37	24	+13
2000	2	13	22	-9	47											23	38	-15
	5								24	27	-3	26				28	34	-6
	8	14	22	-8	45											25	38	-13
	11	17	22	-5	39											29	31	-2
2001	2					15	29	-14	29							28	31	-3
	5					17	32	-15	24				33	34	-1	33	34	-1
	8	14	15	-1	50	17	30	-13	25							29	27	+2
	10															28	33	-5
2002	1															30	29	+1
	4												40	26	+14	34	27	+7
	7															35	25	+10
	9	18	16	+2	54								38	36	+2	32	38	+6
	11															38	29	+9

Angaben in % der Wahlberechtigten; Infratest dimap

Zufriedenheit mit Politikern																	
	Merkel	Stoiber	Merz	Schäuble	Späth	Schröder	Schily	Eichel	Riester	Struck	Clement	Fischer	Trittin	Künast	Westerwelle	Möller	Gysi
Okt 98		1,7		1,9		2,6						0,7					
Nov 98		1,3		1,8		2,4						1,4	0				-1,0
Dez 98		1,3		1,4		2,2						1,3	-0,3				-1,2
Jan 99		1,2		1,2		2,2						1,2	-0,9				-1,4
Feb 99		1,0		1,1		2,0						1,4	-1,5				-1,6
Mrz 99		1,1		1,1		1,8						1,5	-1,6				-1,4
Apr 99		1,1		1,2		2,2		1,2				2,2	-1,3				-1,5
Mai 99		1,3		1,2		2,0		1,1				1,9	-1,6				-1,8
Jun 99		1,3		1,4		1,6		0,7				2,0	-1,8				-1,6
Jul 99		1,2		1,0		1,3		0,9	0,0			2,1	-1,5				-1,4
Aug 99		1,0		1,1		0,7		0,7	0,0			1,9	-1,5				-1,5
Sep 99		0,7		1,5		0,5		0,7	-0,1			1,9	-1,3				-1,1
Okt 99		0,7		1,3		0,5		0,6				1,8					-1,2
Nov 99		0,9		1,1		0,6		0,7				1,6					-1,1
Dez 99		0,7		1,1		1,2		0,9				1,9					-1,3
Jan 00	0,9	0,7		-0,5		1,7		1,2				2,0					
Feb 00	1,1	0,6		-1,0		1,4		0,9				1,7					
Mrz 00	1,7	0,9		0,2		1,6		1,1				1,6					
Apr 00	2,4	0,9		0,6		1,6		1,0				1,6					-0,9
Mai 00	2,0	1,1	0,8	0,5		1,8		1,3				1,7					-0,8
Jun 00	1,8	0,8	0,6	0,1		1,4		0,8				1,4					
Jul 00	1,4	0,7	0,3			1,9		1,2				1,8	-0,8			-0,1	
Aug 00	1,5	0,8	0,3			2,0		1,7				1,9	-0,6			-0,1	
Sep 00	1,4	0,9	0,2			1,6		1,0				1,7	-1,1			-0,1	
Okt 00	1,0	0,5	0,0			1,4		0,9	0,0			1,6	-1,0			-0,5	
Nov 00	0,9	0,8	0,0			1,9		1,2	0,4			1,9	-0,5			-0,1	
Dez 00	1,0	1,0	0,1			2,0		1,1	0,3			2,2	-0,6			-0,4	
Jan 01	0,9	0,7	0,0			1,8		0,9	0,1			1,6		0,3	0,3		
Feb 01	0,3	0,8	-0,5			1,8		1,1	0,2			1,6		1,3	0,4		
Mrz 01	0,7	0,9	-0,5			1,9		1,0	0,2			1,6		1,6	0,4		
Apr 01	0,5	0,7	-0,5			1,9		1,2				1,6	-1,3	1,5	0,2		
Mai 01	0,5	0,8	-0,2			1,7		1,0				1,5	-1,0	1,2	0,8		
Jun 01	0,5	1,0	-0,4			1,9		1,2				1,9	-0,9	1,2	0,7		
Jul 01	0,5	0,9	-0,5			2,0		1,3				2,1	-0,7	1	0,7		
Aug 01	0,5	0,8				1,3		1,0				1,9	-0,7	0,7	0,7		-0,6
Sep 01	0,4	1,1				1,6		1,1				1,8	-0,8	0,6	0,6		-0,7
Okt 01	0,7	1,4				2,5	1,4	1,2				2,3			0,8		-0,5
Nov 01	0,5	1,2	-0,1			1,9	0,9	0,9				2,1			0,7		-0,1
Dez 01	0,9	1,3	-0,1			1,9	1,1	0,9				2,3			0,6		0,3
Jan 02	1,2	1,2		0,9		1,5	0,7	0,9				1,9			0,6		0,0
Feb 02	1,0	0,7		1,0		1,3	0,3	0,4				1,8			0,5		-0,3
Mrz 02	0,9	0,8		0,8		1,3	0,5	0,4				1,9			0,5		-0,5
Apr 02	0,8	0,6				1,0	0,7	0,6				1,9		0,4	0,6		-0,3
Mai 02	0,9	0,5				1,3	0,7	0,6				1,9		0,3	0,3		-0,6
Jun 02	1,1	0,7				1,7	1,0	0,8				2,2		0,6	0,3		-0,4
Jul 02	1,1	0,7			1,6	1,1	0,9	0,7				1,8		0,4	0,2		-0,5
Aug 02	1,1	0,9			1,5	2,1	1,1	1,1				2,3		0,6	0,4		
Sep 02	0,9	0,5			1,5	2,1	1,3	1,0		0,7		2,2		0,8	0,3		
Okt 02	1,4	0,7				1,5	1,0	0,8			1,3	2,4	-0,4	0,7	-0,3		
Nov 02	1,3	0,4				0,2	0,7	-0,2			0,9	1,9	-0,7	0,3	-0,5		
Dez 02	1,0	0,2				-0,3		-0,7			0,7	2,0	-0,8	0,2	-0,8		
	Merkel	Stoiber	Merz	Schäuble	Späth	Schröder	Schily	Eichel	Riester	Struck	Clement	Fischer	Trittin	Künast	Westerwelle	Möller	Gysi

Mittelwerte der Wahlberechtigten, Skala von - 5 (sehr unzufrieden) bis +5 (sehr zufrieden); Forschungsgruppe Wahlen